



Ärzte auf der Straße



3. Nationaler Protesttag

Die freien Ärzteverbände Deutschlands hatten mit voller Unterstützung der ärztlichen Körperschaften erneut am 19. Mai 2006 zu einem Nationalen Protesttag in Berlin und gleichzeitig in Köln und Stuttgart unter der Losung „Medizin statt Man-

gelversorgung – gegen Staatsmedizin im Arztzimmer“ die niedergelassenen Ärzte, die Psychotherapeuten, Patienten und Mitarbeiter aufgerufen.

Die Bundesärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Landesärztekammern, die Kassenärztlichen Vereini-

gungen und über 40 Verbände, die im Bündnis Gesundheit 2000 sich zusammengeschlossen haben, unterstützten diesen Protesttag nachdrücklich. Auch das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 hatte zur Teilnahme an diesem Protesttag aufgerufen und sechs Busse in Dresden und Chemnitz bereit gestellt.

Allein über 25.000 Beschäftigte im Gesundheitswesen waren zur Hauptkundgebung nach Berlin gekommen, darunter über 600 niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, Physiotherapeuten, Arzthelfer und Pflegekräfte aus Sachsen.

Deutschlandweit blieben laut Ärzteverbänden etwa 90.000 der 120.000 Arztpraxen an diesem 3. Nationalen Protesttag geschlossen. Zugleich legten laut Marburger Bund erneut etwa 12.300 Ärzte von Universitätskliniken und Landesspitälern die Arbeit nieder.

Die deutsche Ärzteschaft demonstrierte somit eine eindrucksvolle Geschlossenheit. Auch dieser Protesttag war Ausdruck der Perspektivlosigkeit der deutschen Gesundheitspolitik, die seit 1991 eine reine Kostendämpfungspolitik betreibt. Die Ärzte werden haftbar gemacht für die Veranlassung medizinisch notwendiger Leistungen. Die niedergelassenen Ärzte stehen unter einem ständigen Regressdruck insbeson-





dere durch das am 1. Mai 2006 in Kraft getretenen Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz.

Die klaren und eindeutigen Forderungen der Ärzteschaft lauten unverändert:

- Schutz des Arzt-Patienten-Verhältnisses, keine staatliche Einmischung, keine weitere Reglementierung.
- Erhalt der Freiberuflichkeit. Die Freiberuflichkeit bleibt die Grundlage der Tätigkeit der niedergelassenen Ärzte.
- Angemessene Vergütung der ärztlichen Leistungen. Die niedergelassenen Ärzte wollen feste Preise und nicht wie seit 20 Jahren Punkte. Der Wert der ärztlichen Leistung im Einheitlichen Bewertungsmaßstab muss in Euro und Cent festgelegt werden.
- Abbau der ausufernden Bürokratie. Zurzeit muss der niedergelassene Arzt in seiner täglichen 11-stündigen Arbeitszeit zwei Stunden Formulare ausfüllen. Diese Zeit wollen wir Ärzte für unsere Patienten haben.

Die gewaltige Großkundgebung ärztlicher Entschlossenheit begann um 12.00 Uhr mit einer Auftaktveranstaltung vor dem Brandenburger Tor.

„Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) wollen nicht länger zum verlängerten Arm einer ärztefeindlichen Politik

Ärzte auf der Straße

gemacht werden“ sagte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. Die KBV bekenne sich im Interesse der Patienten zum Sicherstellungsauftrag. Die KBV ist in erster Linie eine ärztliche Interessenvertretung, stellte Dr. Köhler in seiner Rede an die protestierenden Ärzte klar. „Wenn sich nichts zum Besseren verändert, wenn im Gegenteil die Bedingungen weiter verschlechtert werden, sind Kollektivvertrag und Sicherstellung tot“. Nach der Eröffnungskundgebung bewegten sich die Teilnehmer des Protesttages in einem über vier Kilometer langen Demonstrationzug vom Brandenburger Tor über die Ebertstraße, Potsdamer Platz, Potsdamer Straße zur „Straße des 17. Juni“. Das „Wir-Gefühl“ in dieser machtvollen plakatreichen durch rhythmische Klänge, Trompeten, Pauken und Trommeln betonten Demonstration war emotional eindrucksvoll.

Das muss man erlebt haben!

Gegen 15.00 Uhr fand die durch Beifall, Zurufen und Trillerpfeifen untermalt lautstarke Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor mit Reden von Frank Ulrich Montgomery (Marburger Bund), Andreas Petri (Hausärzteschaft), Martin Grauduszus (Freie Ärzteschaft), Fritz Stäge (NAV-Virchow-Bund) und Dr. Kuno Winn (Hartmannbund) statt.

Die an diesem Protesttag erneut umfassend zum Ausdruck gekommene Geschlossenheit der Ärzteschaft über alle Fachgruppen hinweg war und ist ein klares und warnendes Signal an die Politik: **Gegen die Ärzteschaft kann man keine zukunftsweisende Politik machen!**

Die Bundesregierung soll sich nicht der Illusion hingeben, dass die Ärzte auch weiterhin bereit sind, das Gesundheitssystem mit mehr als zehn Milliarden Euro pro Jahr durch kostenlose oder unterbezahlte Arbeit zu subventionieren.

Mit über 25.000 Teilnehmern aus der ganzen Bundesrepublik war der 3. Nationale Protesttag am 19. Mai 2006 in Berlin die bisher größte Demonstration nieder-



gelassener Ärztinnen und Ärzte und der Angehörigen der Heil- und Pflegeberufe in Deutschland.

Sie alle protestierten gemeinsam gegen die Fehlsteuerungen in der Gesundheitspolitik.

Zahnärzte unterstützen die Proteste

Mit der Teilnahme von über 250 sächsischen Zahnärzten und ihren Mitarbeitern am 3. Nationalen Protesttag bekundete dieser Berufsverband seine aktive Solidarität mit den ärztlichen Kolleginnen und Kollegen. Den Politikern und der Öffentlichkeit wurde dadurch deutlich gemacht, dass die Heilberufe zusammenstehen. Die sächsischen Zahnärzte fordern von der Gesundheitsreform die Abschaffung der Budgetierung, einfache befundorientierte Festzuschüsse, Abschaffung der präventionsfeindlichen Praxisgebühr, Entbürokratisierung der zahnmedizinischen Tätigkeit, uneingeschränktes Wahlrecht für eine Kostenerstattung und angemessene Vergütung für eine moderne Zahnheilkunde.

Streik der Universitätsklinikärzte

Nach dem erneuten Scheitern der Tarifverhandlungen der Ärztegewerkschaft „Marburger Bund“ für die 22.000 Ärzte an den deutschen Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern begann am 15. Mai 2006 der größte Ärztestreik der im Marburger Bund organisierten über

100.000 Ärzte seit Beginn ihres Ausstandes im März 2006. Der Streik wurde vom 22. bis 28. Mai 2006 im Interesse der zu behandelnden Patienten ausgesetzt.

In Sachsen streikten je 150 Mediziner, etwa 20 Prozent der Ärzte, an den Universitätskliniken Dresden und Leipzig. Die Ärzte verlangen den finanziellen Ausgleich von Überstunden und eine bessere Bezahlung. Sie protestieren gegen die 30-Stunden-Dienste und gegen willkürliche Befristungen von Arbeitsverträgen. Die Ärzte fordern Zeit für die Forschung und die Lehre sowie wirksame Maßnahmen zur Entbürokratisierung.

Im festgefahrenen Tarifstreit der Universitätsklinikärzte verließen die Mediziner aus Dresden Leipzig und Halle am 17. Mai 2006 ihren Forderungen symbolischen Nachdruck. Unter dem Motto „Hochschulpolitik vor dem Abflug“ drohten sie am Flughafen Leipzig-Halle mit der Abwanderung von Ärzten ins Ausland.

In Dresden legten nichtstreikende Ärzte ihrer Überstundenzuschläge für ihre Kollegen im Ausstand zurück. Die Anästhesisten und Intensivmediziner solidarisierten sich auf ihrer Jahrestagung in Leipzig Mitte Mai 2006 mit den Streikenden. Sachsens Uni-Ärzte führten Großdemonstrationen am 31. Mai in Dresden und am 1. Juni 2006 in Leipzig durch.

Prof. Dr. Winfried Klug
Knut Köhler M. A.